

PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS

Ab sofort erreichen Sie uns unter
der neuen Telefonnummer 53 441

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 Wien

Ihr Zeichen/Schreiben vom:
-

1) Diktiert:	Dr. Ruth
2) Geschrieben:	Holzmann
3) Zur Unterschrift an:	Dr. Ruth
4) Zum Mitzeichnen:	
5) Vor Abg. z. Kenntnis an:	
6) Nach Abg. z. Kenntnis an:	
7) Abschrift an:	Wien, am 6.5.1988
8) Abgst. am:	durch mit
9) Wiedervorlage an:	Dr. Ruth
10) Zur Registrierung am:	Unser Zeichen: Durchwahl: 515

Betreff: Entwurf eines Bundesge-
setzes, mit dem das Ge-
bührengesetz 1957 ge-
ändert wird und andere
gebührenrechtliche Be-
stimmungen getroffen wer-
den (Gebührengesetz-No-
velle 1988)

Betrifft	GESETZENTWURF
Zi	33 GE 0 88
Datum:	11. MAI 1988
Verteilt	11. MAI 1988

Yage
Dr. Puntner

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs übermittelt in der Anlage 25 Exemplare ihrer Stel-
lungnahme zu dem im Betreff genannten Entwurf.

Für den Generalsekretär:

fla

25 Beilagen

PRÄSIDENTENKONFERENZ **ABSCHRIFT**
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICH

Ab sofort erreichen Sie uns unter
der neuen Telefonnummer 53 441

An das
Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8
1015 Wien

Wien, am 5.5.1988

Ihr Zeichen/Schreiben vom:
11 0502/1-IV/11/88 25.3.1988

Unser Zeichen: Durchwahl:
R-388/R 515

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Gebührengesetz 1957 ge-
ändert wird und andere gebühren-
rechtliche Bestimmungen getroffen
werden (Gebührengesetz-Novelle
1988)

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs beehrt sich, dem Bundesministerium für Finanzen zum
Entwurf des oben genannten Bundesgesetzes folgende Stel-
lungnahme bekanntzugeben:

Zu § 33:

Zu TP 15 Abs 1 Z 2 wird die Beseitigung der Mindestgebühr
in Höhe von S 10,- verlangt. Der Mindestbetrag eines Ge-
schäftsanteiles beträgt derzeit gemäß § 32 Abs 1 SEBG S 10,-.
Für Kreditgenossenschaften verlangt die Aufsichtsbehörde
einen Mindestgeschäftsanteil in Höhe von S 100,-. Die
Rechtsgebühr von derart niedrigen Geschäftsanteilen führt
zu Gebührenbeträgen, deren Einhebung unwirtschaftlich ist.
Das Gebührengesetz nimmt hier im Rahmen des gesamten Steuer-
rechtes eine Sonderstellung ein, da ansonsten für derartige
Minimalbeträge Bagatellregelungen geschaffen werden, nach
denen derartige Beträge nicht eingehoben werden. Nur dem

- 2 -

Gebührengesetz ist es vorbehalten, Bagatellregelungen durch Mindestbeträge, die ein Vielfaches der ansonst vorzuschreibenden Gebühr betragen, zu erlassen.

- - - - -

Das Präsidium des Nationalrates wird von dieser Stellungnahme durch Übersendung von 25 Exemplaren in Kenntnis gesetzt.

Der Präsident:
gez. Ing. Derfler

Der Generalsekretär:
gez. Dr. Korb